

Hamburg, den 19. Juni 1925

# WIRTSCHAFTSDIENST

»WELTWIRTSCHAFTLICHE NACHRICHTEN«

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv an der Universität Hamburg  
in Verbindung mit dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel

Anschrift für Verlag Wirtschaftsdienst, G. m. b. H., und Schriftleitung: Hamburg 36, Poststraße 19  
Fernruf: Elbe 5052 und 4456, Merkur 422 und 2614 :: Telegrammadresse: Weltarchiv Hamburg  
Postscheck-Kto.: Hamburg 12 842; Bank-Kto.: Deutsche Bank Filiale Hamburg :: Bezugspreis viertelj. 12 Mark  
:: Für den Buchhandel: In Kommission bei Otto Meißners Verlag, Hamburg ::

10. Jahrgang

*Wirtschaftspolitische Gedanken, die in Aufsätzen des „Wirtschaftsdienst“ entwickelt werden, stehen allein* **Nr. 25** *unter der Verantwortung der Verfasser. Sie stellen keine Meinungsäußerungen der Herausgeber dar.*

## Lenkung der Wirtschaft

Von J. A. Spender

### Vorbemerkung.

J. Alfred Spender, der langjährige Herausgeber der „Westminster Gazette“, einer jener englischen Tageschriftsteller, auf dessen ernsthaftes und kluges Wort eine zum Bewußtsein ihrer selbst erwachte öffentliche Meinung sehr aufmerksam zu hören gewohnt war, hat die Summe seiner Erfahrungen und Besinnungen in einem überaus lebendigen Buche niedergelegt.<sup>1)</sup> Im Mittelpunkt der Darstellung steht das englische Parlament. Es wird jedoch nicht in einem leeren Schematismus als die Normalform des politischen Lebens behandelt, sondern eine Fülle abgerundeter geschichtlicher Miniaturen, die Epochen der Parlamentsgeschichte und Typen großer Führer zum Gegenstand haben, zeigen, wie eben diese Einrichtung selbst in ständiger Veränderung begriffen ist, die Spender keineswegs schlechthin als eine „Entwicklung“ zu bezeichnen wagt. Auch seine vergleichenden Analysen des Wesens der Volksvertretungen in Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten sind geistvoll, wirklichkeitsnahe und durchaus frei von der nicht nur bei Engländern zu findenden Neigung, den insularen Parlamentarismus als die allein mögliche Regierungsform zu erachten.

Die Schilderung der verschiedenartigen Technik, mit der Staatsmänner wie Disraeli, Gladstone, Joe Chamberlain, Roosevelt, die Wählermassen und die Gewählten zu zwingen und zu politischer Aktivität zu formen wußten, ist soziologisch von höchstem Ertrag, vielleicht gerade deshalb, weil nicht eine soziologische Absicht vorwaltet, sondern der Trieb, das Gesehene und Erforschte anschaulich und rein zu erzählen.

Eine sehr lebendige Darstellung erfährt der Prozeß der Kommerzialisierung der großen Presse, der Ver-

drängung ernsthaften politischen Raisonnements durch das, was die Masse der Bildungslosen interessiert oder das, was durch die Art seiner Aufmachung dem ermüdeten Geschäftsmann noch einige Aufmerksamkeit abtrotzen soll. Die ebenso unantike wie ungeistige Hypostasierung des Körperlichen im Sport und Sport-„betrieb“ erweist sich auch in dieser aus englischen Erfahrungen kommenden Untersuchung als eine notwendige Begleiterscheinung jener Materialisierung des öffentlichen Lebens, die auch das Bürgertum geneigt war und ist, als das unumstößliche Ergebnis irgendeiner Entwicklung hinzunehmen.

An der gefährlichen Grenzlinie, wo das Tun und Treiben des noch sinnerfüllten Lebens in die Mechanik des Betriebs umzuschlagen droht, hattet der besorgte Blick Spenders und er stellt überall, ohne in leerer Klage rückwärts zu blicken, das Problem, wie der Beruf des Staatsmannes, des schlichten Parlamentsmitgliedes, und, eng mit beiden verschwistert, der des Journalisten als ein gültiger erhalten werden könne. Im Zusammenhang solchen Nachdenkens kommt Spender immer wieder zu Ergebnissen, die die tiefe Staatlichkeit des politischen englischen Liberalismus beweisen, der, wie alle neuere Betätigung der englischen Jungliberalen zeigt, weit entfernt ist, sich mit einem rein privatökonomisch ausgerichteten Manchestertum gleichzustellen.

Der nachstehend abgedruckte, von mir mit „Lenkung der Wirtschaft“ überschriebene Abschnitt, dessen Übersetzung mit Genehmigung des Verfassers und des Verlages erfolgte, ist dem 7. Buch des zweiten Bandes entnommen, das die Vorstellungswelt des im öffentlichen Leben Stehenden behandelt. Spender wendet darin in einem „Opinion und Knowledge“ überschriebenen Kapitel (S. 179—189) seine Aufmerksamkeit jenem Gegensatz und trübe gemischten Ineinander von Wännen und Wissen zu, der seit je auch die deutsche Philosophie,

<sup>1)</sup> The Public Life. 2 Bde. London 1925. Cassel & Co. Ltd. 236 u. 232 Seiten. 30/—.

insbesondere Kant, Fichte, Fries und Hegel beschäftigte, und eines der zentralen Probleme aller Untersuchungen über „Öffentliche Meinung“ geblieben ist.

Was er anregt, kann man kurz als „Planwirtschaft durch unterscheidende Besteuerung“ bezeichnen. Unter diesem Namen wird eine solche wirtschaftspolitische Absicht ebenso viele Gegner finden, wie sie unter dem Namen des „Schutzes der nationalen Arbeit“ Freunde hat. Unsere eigenen Bedenken richten sich mehr auf die Schwierigkeit, einen schließlich verwaltungsrechtlich brauchbaren Unterschied zwischen notwendiger und entbehrlicher Gütererzeugung mit der erforderlichen begrifflichen Schärfe festzulegen. Der Grundsatz dagegen, auf die Gütererzeugung lenkend im Sinne des Ausgleichs sozialer Gegensätze durch eine entsprechende Steuerpolitik einzuwirken, wird wenigstens von den Staaten mit logischer Notwendigkeit anerkannt werden müssen, die durch Zölle in die Verteilung des Volkseinkommens differenzierend eingreifen. Denn solche Zölle beruhen auf dem Axiom, daß gerechte Besteuerung nicht eine schematische Gleichheit der Steuerlasten und keinen Verzicht des Staates auf Gestaltung der Wirtschaft bedeutet. Damit aber wird der Rechtsgrund zu Ansprüchen an den Staat gelegt, auf den sich sehr bald auch einmal andere Schichten stützen mögen, als jene, denen das System des zollgeschützten Marktes Vorteile bringen soll. Und gerade deshalb schien uns dies letzte Ergebnis wirtschaftspolitischen Nachdenkens eines englischen Liberalen von besonderer Aktualität — auch für Deutschland.

*Eduard Rosenbaum*

\* \* \*

Es ist hier nicht meine Absicht, irgendeine besondere Politik zu befürworten; aber Nachdenken über den gegenwärtigen Stand des ewigen Streites zwischen Reichtum und Armut weisen auf eine oder zwei Arten, deren sich der Staat bedienen mag, um ihn in Grenzen zu halten. Der wirtschaftliche Nachteil, den ein Gemeinwesen durch starke Vermögenshäufung erfährt, liegt nicht in den persönlichen Ausgaben der Besitzer, einer verhältnismäßig belanglosen Sache, sondern in der ihnen gegebenen Macht, Arbeit und Energie auf Zwecke zu lenken, die entweder nutzlos oder schädlich sind. Die ernsthaften Sozialisten, die Staatskontrolle der Industrie verlangen, verfolgen damit weniger die Absicht, die Verteilung des Vermögens vorzunehmen, sondern hoffen, daß die vom Staate überwachte Erzeugung klüger, menschlicher und genauer darauf gerichtet sein würde, die Lebensnotwendigkeiten ausreichend zu beschaffen, statt jenen Flitterkram herzustellen, der so einträglich für den Erzeuger und ein so kümmerlicher Besitz für den Käufer ist. Man kann ernsthaft zweifeln, ob der Staat als Eigner der Industrie dies Ziel erreichen könnte, und kann dem Vorschlag doch stärkstens geneigt sein. Wie immer das System der Durchführung sein mag, oder für wie unmöglich wir auch jedes andere etwa halten, so wird doch jeder Staat schließlich Schaden erleiden, wenn ein unangemessener Teil seiner Kraft darauf gerichtet ist, entweder Paläste für die Reichen oder Schaubuden für die Armen zu beschaffen, ehe die Masse der Männer und Frauen mit den Notwendigkeiten einer anständigen

Lebenshaltung versehen ist, wenn an Kinos Überfluß, an Häusern Mangel herrscht, wenn Bier und Spirituosen in unbegrenzter Menge hergestellt werden, der Aufwand für Stiefel und Fleisch aber nicht erbracht werden kann. Letzten Endes ist das Problem der modernen Staaten das gleiche, das Plato in der „Republik“ zu lösen trachtete: das Problem einer wohl ausgewogenen Verteilung von Gehirn und Arbeit, um das für Körper und Seele Nötige zu schaffen. Dies muß noch immer das Ziel aller Regierungen sein, mit welchem Namen sie sich auch nennen, welche Form sie auch bevorzugen mögen.

Unter dem Druck des Krieges entwickelten wir das System der Bevorrechtigung und entdeckten sogleich seinen ungewöhnlichen Wert. Bei drohender Aushungerung durch Unterseeboote fanden wir, daß wir uns nicht allen Luxus und alle Zierschnörkel des Lebens der Friedenszeit leisten konnten, sondern entschieden klug, daß Hand und Hirn von solchen Dingen abgeschnitten und in der Erzeugung des Notwendigsten zusammengefaßt werden mußten. Man muß, denke ich, aus vielen Gründen bedauern, daß das System der Bevorrechtigungen nicht verlängert wurde, um zusammen mit der erforderlichen Regierungskontrolle einigen der größeren Notstände zu begegnen, die dem Kriege folgten. Wer will z. B. bezweifeln, daß die Wohnungsfrage, wäre sie als ein nationaler Notstand ähnlich den Anforderungen des Kriegszustandes behandelt worden, in den fünf Nachkriegsjahren gelöst worden wäre. Möglicherweise können wir, wenn wir den Grundsatz der Bevorrechtigungen wiederherstellen und ihm einen Ehrenplatz unter den Aufgaben der Regierung geben, hier einen gangbaren Weg zur Lösung der Streitigkeiten zwischen Sozialismus und Individualismus finden, die jetzt nur leeres Stroh dreschen. Das heißt also: dem Staat soll ein gewisses Recht eingeräumt werden, die Richtung der Gütererzeugung zu überwachen, er soll aber das Geschäft der Produktion dem privaten Unternehmungsgeist überlassen.

Wenn ich dieser Anregung noch etwas weiter nachgehen darf, so scheint mir, daß die offenbar beste Kontrollmethode unter einem solchen System die Besteuerung sein würde. Der Staat würde alle notwendigen Gewerbe, die unterentwickelt sind, von Steuern befreien und die Last auf überentwickelte, unnötige Gewerbe werfen. Aber diese Begriffe sind unscharf und in gewöhnlichen Zeiten ist der Staat nicht mit hinreichenden Kenntnissen ausgerüstet, um ihnen einen Sinn geben zu können. Sind wir im Kriege und ist unser Dasein durch einen Feind bedroht, der uns auszuhungern trachtet, so wissen wir instinktiv, welche unserer Betätigungen wesentlich ist, welche nicht. Leben wir aber im Frieden, so haben wir das Gefühl, daß wir uns einer willkürlichen Tyrannei aussetzen würden, wenn wir den Regierungen zu sagen freistellten, welche Arten der Erzeugung notwendig oder erwünscht sind, und welche das Gegenteil. Und in der Tat wäre dies so, wenn die Regierungen solche Fragen nach Laune und Vergnügen oder aus dem Lichte der Natur entscheiden wollten. Aber dies würde nicht so sein, wenn sie mit einem genauen und sorgfältigen Produktionszensus versehen wären, der Jahr für Jahr zeigte, wie die nationalen Kräfte geleitet würden, in welche Kanäle sie gingen, und in welcher Hinsicht gemäß einer verständigen Abschätzung der Be-